

Die Landesgruppe Thüringen

der AfD-Fraktion im
Deutschen Bundestag



Bild: Adobe Stock / Sina Ettmer

*Wir für
Thüringen*



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

- S. 3 **Vorwort**
- S. 4 **Stephan Brandner MdB**
Den Rechtsstaat verteidigen –
Demokratie stärken
- S. 8 **Marcus Bühl MdB**
Zahlen sind Politik – Die AfD-Bundestagsfraktion
als Treuhänder des Steuerzahlers
- S. 12 **Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB**
Mehr Wertschöpfung und weniger
Ideologie in der Forschung
- S. 16 **Jürgen Pohl MdB**
Wohlstandslöhne schaffen soziale Sicherheit

Vorwort

Liebe Bürger,

mit dieser Broschüre wollen wir, die Landesgruppe Thüringen der AfD-Bundestagsfraktion, Ihnen unsere politische Arbeit im Deutschen Bundestag vorstellen.

Die Landesgruppe Thüringen hat sich über die letzten beiden Legislaturperioden hinweg im Bundestag einen Namen gemacht. Alle Mitglieder der Landesgruppe blicken auf ein arbeitsreiches und erfolgreiches Leben vor ihrer Abgeordnetentätigkeit zurück, sind eng mit ihren Wahlkreisen verbunden und legen großen Wert auf den persönlichen Austausch mit Ihnen vor Ort in Thüringen, dem blauen Herzen Deutschlands.

Ob bei unseren Informationsabenden, die bereits in ganz Thüringen stattgefunden haben, oder bei unseren Infostandtourneen über die Marktplätze unseres schönen Freistaates – wir sind stets für Sie, die Bürger unseres Landes, ansprechbar und es ist uns ein großes Anliegen, Sie über unsere Arbeit in Berlin zu informieren. Nur das direkte Gespräch mit Ihnen ermöglicht es uns, Ihre Ideen, Sorgen und Nöte mit in den parlamentarischen Betrieb zu nehmen und für unsere politische Arbeit zu nutzen. Als Landesgruppe Thüringen befassen wir uns mit allen für Thüringen und Deutschland wichtigen politischen Themen und können von der Haushalts- und Sozialpolitik über die Bildungs- und Finanzpolitik bis hin zur Rechtspolitik sämtliche relevanten Politikfelder inhaltlich abdecken.

Die AfD-Bundestagsfraktion ist die einzige politische Kraft, die im Deutschen Bundestag konsequent konservativen, freiheitlichen Grundsätzen folgt und vernunftgeleitetes politisches Handeln einfordert. Unsere Konzepte und Initiativen sind das Grundgerüst einer zukunftsweisen alternativen Politik, die Deutschland dringend benötigt. Mit zahlreichen parlamentarischen Anfragen, Anträgen und Gesetzentwürfen zeigen wir, dass es in allen politischen Bereichen gute und einfach zu realisierende Alternativen zur aktuellen Politik der Bundesregierung gibt. Man muss sie nur umsetzen wollen.

Einige unserer parlamentarischen Initiativen stellen wir Ihnen nachfolgend vor. Wir freuen uns auf einen regen Gedankenaustausch mit Ihnen.

Ihr Stephan Brandner MdB



Stephan Brandner MdB

Rechtsanwalt und Industriekaufmann

- ▶ Parlamentarischer Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Vorsitzender der Landesgruppe Thüringen der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Sprecher des Arbeitskreises für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Arbeitskreis für Bauen und Wohnen der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
- ▶ Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
- ▶ Mitglied im Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages
- ▶ Mitglied im Ältestenrat des Deutschen Bundestages
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bauen und Wohnen des Deutschen Bundestages
- ▶ Wahlkreis Gera – Greiz – Altenburger Land

Den Rechtsstaat verteidigen – Demokratie stärken

Der Rechtsstaat erodiert zusehends: Politisch beeinflusste Wahlen der Richter, eine besorgniserregende Verschmelzung der Gewalten, weisungsgebundene Staatsanwälte und eine überbordende Ausstattung von Amtsträgern haben dazu geführt, dass die Bevölkerung zusehends das Vertrauen in die Politik verliert. In schweren wirtschaftlichen Zeiten können wir die Staatskasse nicht mit Friseurkosten von Ministern, einem gigantischen Erweiterungsbaue des Bundeskanzleramts, übergroßen Büroräumlichkeiten, überdimensionierten Amtsausstattungen und astronomischen Ansprüchen auf Ruhegehälter belasten.

Die Trennung von Amt und Mandat und die Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers sind für uns ebenso eine Selbstverständlichkeit wie die Abschaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre, die das Prinzip der Gewaltenteilung ad absurdum führen. Unser Staat muss schlanker und effizienter werden und den Versuchungen von Korruption und Lobbyismus standhalten. Um

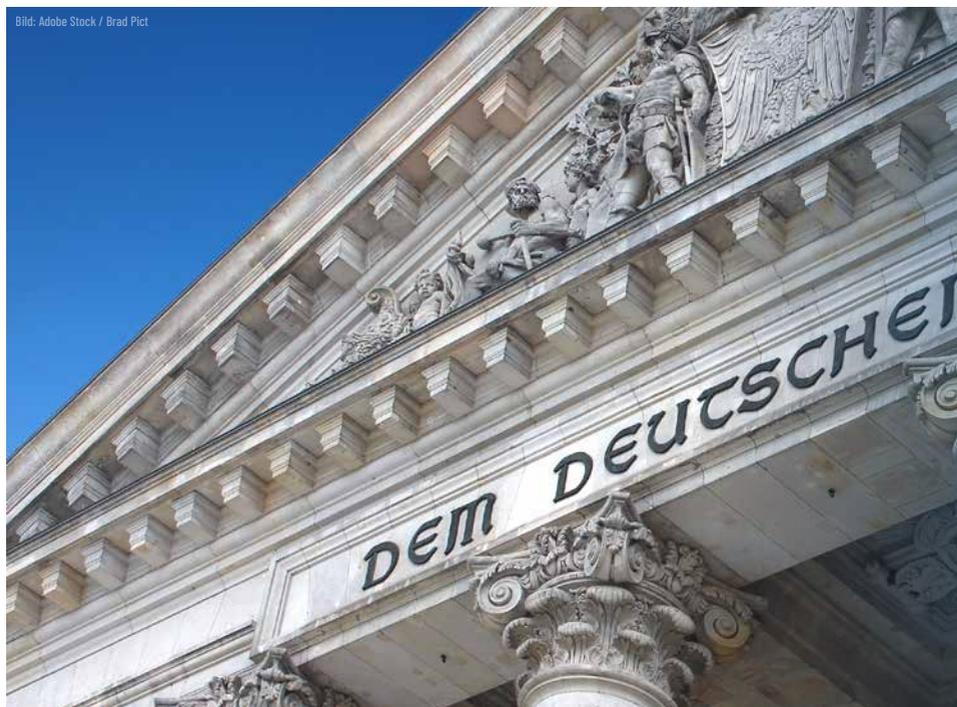


Bild: Adobe Stock / thauwald-pictures

die Demokratie zu stärken, wollen wir die Direktwahl des Bundespräsidenten institutionalisieren. Das Volk soll selbst und ohne Umwege entscheiden können, von welchem Staatsoberhaupt es sich vertreten lassen möchte.

Viele Politiker der Altparteien haben sich über Jahrzehnte hinweg den Staat zur Beute gemacht. Damit muss Schluss sein. Wir wollen das Übergangsgeld für Abgeordnete reformieren und kürzen, den Verzicht auf Amtsbezüge ermöglichen und die Transparenz beim Parteiensponsoring erhöhen. Der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist es ein wichtiges Anliegen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurückzugewinnen. Viele Bürger legen große Hoffnungen in eine alternative Politik, die der Günstlingswirtschaft und der Befriedigung eigener Interessen Einhalt gebietet. Diese Menschen werden wir nicht enttäuschen.

Ihr Stephan Brander MdB





Unser Gesetzentwurf

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre

Drucksache 20/197

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000197.pdf>

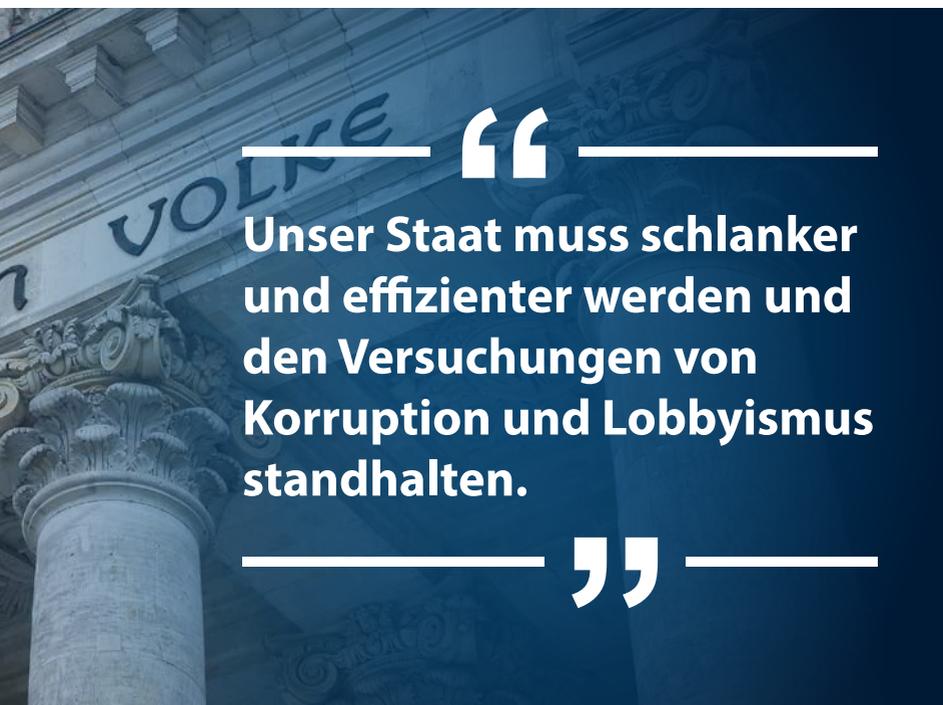


Unser Gesetzentwurf

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten)

Drucksache 20/198

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000198.pdf>



“
**Unser Staat muss schlanker
und effizienter werden und
den Versuchungen von
Korruption und Lobbyismus
standhalten.**
”



Marcus Bühl MdB

MSc Diplom-Informatiker (FH)

- ▶ Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages
- ▶ Berichterstatter im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für die Einzelpläne:
 - des Bundeskanzleramts
 - des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat
 - des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr
 - des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
 - des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen
 - des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages
- ▶ Wahlkreis: Gotha – Ilm-Kreis

Kontakt: marcus.buehl@bundestag.de

Zahlen sind Politik – Die AfD-Bundestagsfraktion als Trehänder des Steuerzahlers

Der Haushaltsplan der Bundesregierung umfasst jedes Jahr ein Finanzvolumen von über 500 Milliarden Euro. Auf über 3000 Seiten und in circa 6600 Einzeltiteln werden die Gelder des Bundes verbucht, sodass die Verwendung der Mittel nachvollzogen und kontrolliert werden kann. Wir verstehen uns bei dieser Kontrollarbeit als Trehänder des Steuerzahlers. Die Aufgabe einer echten Opposition ist es, die falsche und verschwenderische Verwendung von Steuermitteln aufzudecken. Die Regierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz gibt Mittel in Milliardenhöhe für links-grüne Maßnahmen und Vorhaben aus, so zum Beispiel für die Finanzierung einer ungehinderten illegalen Migration, für eine fehlgeleitete Energiepolitik oder für ideologische Entwicklungshilfeprojekte, während das Geld an entscheidender Stelle fehlt. Mit unseren Anträgen stellen wir uns dieser fatalen Haushaltsführung entgegen und fordern: Unser Land zuerst!



Die »Ampel« lebt von der Substanz. Das zeigt sich auch bei den Staatsfinanzen: In den letzten Jahren hat der Bund über 600 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Um dies zu verschleiern, versucht die Bundesregierung neue Schulden in Sondervermögen zu verstecken und anschließend faktenwidrig zu behaupten, dass die Schuldenbremse noch intakt sei. Vieles davon ist unserer Ansicht nach verfassungswidrig. (Bundestagsdrucksachen 19/22926, 19/26549 und 20/4575)

Als Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesministeriums für Inneres und Heimat stehen für uns die innere Sicherheit und ein konsequenter Grenzschutz an vorderster Stelle. Die Anträge der AfD-Bundestagsfraktion fordern daher eine bessere materielle Ausrüstung der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts. Zahlreiche Polizeireviere sind sanierungsbedürftig. Außerdem setzt die Regierungskoalition beim Technischen Hilfswerk (THW) wie auch beim Katastrophenschutz den Rotstift an. Diesem Vorgehen stellen wir uns entschieden entgegen.

Bei den Migrationskosten fordern wir massive Kürzungen. Behördenunabhängige Asylberatungen, kostenlose Migrationsberatungen für Erwachsene und Integrationskurse für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive lehnen wir ebenso ab wie freiwillige Aufnahmeprogramme. Ein weiteres Beispiel der fatalen Asylpolitik dieser Bundesregierung sind die sogenannten Anreize zur freiwilligen Ausreise abgelehnter Asylbewerber. Diese sollen mit deutschem Steuergeld dazu motiviert werden, ihrer gesetzlichen Ausreisepflicht nachzukommen – schwer zu glauben, aber leider wahr.

Ihr Marcus Bühl MdB



Unser Antrag

Befugnisse der Bundespolizei bei Abschiebungen zur Bewältigung der Massenmigration stärken und Fahndungskorridor erweitern

Drucksache 20/8156

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/081/2008156.pdf>



Unser Antrag

Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationen sicherstellen

Drucksache 20/6485

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006485.pdf>

“

In den letzten Jahren hat der Bund über 600 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen.

”





Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB

Ingenieur und Gas-/Wärmenetzmonteur

- ▶ Forschungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages
- ▶ Berichterstatter im Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages
- ▶ Wahlkreis: Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis

Kontakt: michael.kaufmann@bundestag.de

Mehr Wertschöpfung und weniger Ideologie in der Forschung

Da die Forschungspolitik selten reißerische Schlagzeilen produziert, steht sie in der Prioritätenliste der Bundesregierung relativ weit unten. Doch nur wenn unsere Forscher und Ingenieure heute die Produkte und Lösungen von morgen entwickeln, wird die Bedeutung Deutschlands in der Welt wirtschaftlich wie auch politisch erhalten bleiben – und damit auch unser Wohlstand. Aus diesem Grund fordern wir seit Langem eine Fokussierung der Forschungsförderung auf jene Bereiche, die zur Wertschöpfung beitragen.

Ideologie, Bürokratie und mangelnde Anerkennung für Leistungsträger treiben unsere besten Köpfe immer häufiger ins Ausland. Ob beim Thema Klima, Gesundheit, Mobilität oder Energie: Inzwischen stoßen unsere Forscher an jeder Ecke auf ideologische Hindernisse, wenn ihre Befunde und Lösungen nicht der Regierungsagenda entsprechen.

Diese unheilvolle Entwicklung muss so schnell wie möglich umgekehrt werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag unter anderem für eine Wiederaufnahme



— “ —
**Forschung
braucht Freiheit.**
— ” —

der Forschung an der zivilen Nutzung der Kernenergie ein. Auch die verhängnisvolle Einschränkung der Wissenschaft während der Coronapandemie, als zahllose kritische Wissenschaftler schlichtweg mundtot gemacht wurden, muss dringend aufgearbeitet werden. Derartiges darf sich nicht wiederholen.

Forschung braucht Freiheit. Zugleich braucht sie aber ethische Leitlinien; denn nicht alles, was machbar ist, ist auch ethisch vertretbar. Wo das Risiko in keinem vertretbaren Verhältnis zum potenziellen Nutzen steht, müssen zum Schutz der Menschheit Grenzen gezogen werden – beispielweise bei der sogenannten »Gain-of-Function«-Forschung, in deren Rahmen Krankheitserreger im Labor tödlicher und ansteckender gemacht werden. Corona war nur ein Vorgeschmack dessen, was im Falle eines schweren Laborunfalls passieren könnte.

Eine Befreiung von ideologischen Vorgaben, der Abbau von Bürokratie und eine auskömmliche Finanzierung mit dem Schwerpunkt auf Wertschöpfung und verantwortungsbewusste ethische Leitlinien – das sind unsere zentralen Forderungen für die deutsche Forschungspolitik.

Ihr Michael Kaufmann MdB



Unser Antrag

Gefahrbringende Anwendungsbereiche der Virenforschung verbieten

Drucksache 20/6992

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006992.pdf>



Unser Antrag

Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern

Drucksache 20/4062

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004062.pdf>



Jürgen Pohl MdB

Rechtsanwalt

- ▶ Stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises für Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Behindertenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages
- ▶ Vertreter im Kuratorium »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR«
- ▶ Wahlkreis: Nordhausen – Eichsfeld – Kyffhäuserkreis

Kontakt: juergen.pohl@bundestag.de

Wohlstandslöhne schaffen soziale Sicherheit

Das Ziel einer alternativen Auffassung von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind Wohlstandslöhne, auf deren Basis man eine Familie gründen und ernähren kann. Diese Löhne sollten es Menschen ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben und zur eigenen Alterssicherung beizutragen – denn: Soziale Sicherheit ist ein Schlüsselfaktor sowohl für die demographische Krisenlösung als auch für eine stabile Gemeinschaft.

Doch was früher üblich war, bleibt heute selbst »Normal-« oder »Durchschnittsverdienern« häufig verwehrt. Ursachen hierfür sind die Lohnzurückhaltung der letzten Jahrzehnte sowie erhebliche steuerliche und versicherungsbezogene Abzüge. Vom Bruttolohn bleibt immer weniger Nettogehalt übrig. Für Wohlstandslöhne einzutreten, bedeutet daher, die einfache und für die Altparteien doch so schwer nachzuvollziehende Forderung der AfD-Fraktion hervorzuheben: »Mehr Netto vom Brutto!«

Bei Realisierung der anzustrebenden gerechteren Lohnentwicklung und erheblichen steuerpolitischen Entlastung der Arbeitnehmer wäre darüber hinaus der festgeschriebene allgemeine Mindestlohn tendenziell überflüssig, der gleichwohl als Problemlösung auf Zeit seine heutige Aufgabe zu erfüllen hat. Der Mindestlohn sollte dabei aktuelle, durch ökonomische Krisensituationen hervorgerufene Herausforderungen bewältigen. Ein von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vorgelegter Antrag sieht daher vor, die Einberufung und Beschlussfassung der Mindestlohnkommission dahingehend zu ändern, dass neben dem Zweijahres-Turnus auch eine Erhöhung der monatlichen Inflationsrate um mehr als drei Prozent – im Vergleich zum Vorjahresmonat – seit der letzten Beschlussfassung zu einer automatischen Einberufung der Kommission führt. Diese muss dann binnen vier Wochen ab Veröffentlichung der Inflationsrate über eine Anpassung der Höhe des Mindestlohns beschließen.

Die AfD-Fraktion fordert zudem, bei der Festsetzung des Mindestlohns die aktuelle und zu erwartende Preisentwicklung als wesentliches Abwägungskriterium zu berücksichtigen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang insbesondere dafür ein, dass besondere Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen und Prämien zusätzlich zum gesetzlichen Mindestlohn gezahlt werden.

Ihr Jürgen Pohl MdB





Unser Antrag

Gesetzlicher Mindestlohn – Zulagen und Sonderzahlungen nicht anrechnen

Drucksache 20/5811

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005811.pdf>

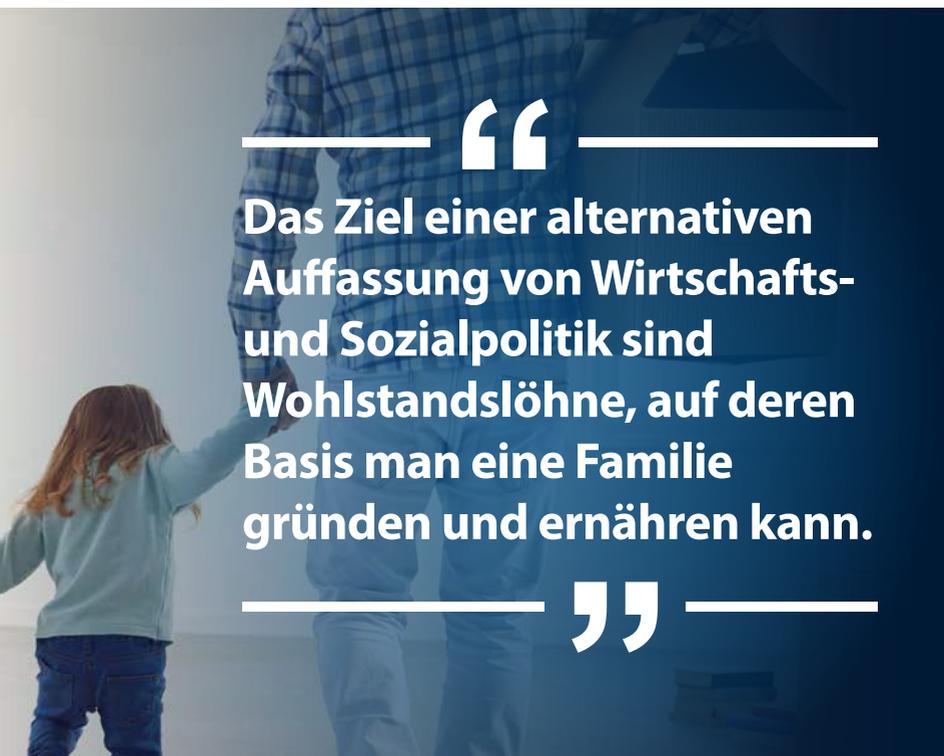


Unser Antrag

Ausgleichsabgabe neu – Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen

Drucksache 20/5999

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005999.pdf>



“

**Das Ziel einer alternativen
Auffassung von Wirtschafts-
und Sozialpolitik sind
Wohlstandslöhne, auf deren
Basis man eine Familie
gründen und ernähren kann.**

”

FOLGEN SIE UNS



AfDBundestag.de



fb.com/AfDimBundestag



@AfDimBundestag



youtube.com/
AfDFraktionimBundestag



instagram.com/
afdimbundestag/



tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag



Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Oktober 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.